

Ins kalte Wasser gestoßen

## Wuppertal schließt fünf Bäder

### Bürgerschaftliches Engagement übernimmt den Betrieb

DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal hat vom ersten Moment an die im Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufgelisteten Kürzungsmaßnahmen abgelehnt, da Wuppertal kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmeproblem hat und wir Einschränkungen öffentlicher Leistungen für die BewohnerInnen der Stadt ablehnen. In vielen Fällen hat diese konsequente Haltung auch andere Parteien veranlasst, bestimmte Punkte des HSK abzulehnen, manche Punkte sind noch nicht entschieden und

manches, vor allem den Personalabbau, haben wir nicht verhindern können. Die Verwaltung legt dem Rat nun eine Entscheidung über die Bäder vor, die im Kern beinhaltet, den Betrieb auf Fördervereine zu übertragen.



Grundsätzlich wertet die Fraktion DIE LINKE im Rat positiv, dass das Schwimm-Freizeitangebot in großem Maße durch diese Lösung erhalten bleibt. Wären die Bäder geschlossen worden, wäre das die schlechtere Lösung. Ein Bad in freier Trägerschaft könnte bei Entspannung der städtischen Haushaltslage wieder in öffentliche Regie genommen werden. Es handelt sich bei der Übertragung an Fördervereine ersichtlich nicht um eine Privatisierung in Gewinnorientierung.

DIE LINKE im Rat hält zwar viel von bürgerschaftlichem Engagement. Dennoch darf die Übertragung öffentlicher Aufgaben an Vereine usw. kein Modell für die Gestaltung von Daseinsvorsorge von öffentlichem Interesse werden; eine Stadt, die sich in dieser Weise von ihren Aufgaben trennt, verändert ihren Charakter und entzieht die Gestaltung von Dienstleistungen der demokratischen Kontrolle durch den Stadtrat.

Die Fraktion DIE LINKE fürchtet, dass mit der Übertragung der Bäder an Fördervereine die

finanziellen Probleme nicht gelöst, sondern nur verschoben werden. Die Konstruktion enthält keine Zuschüsse ab 2012, so dass Preissteigerungen für Energie und Wasser, technische Reparaturen usw. von den Vereinen aufgefangen werden müssen. Da „Einvernehmen besteht, dass seitens der Stadt keine Investitionen mehr durchgeführt werden“, ist die Schließung der Bäder vorprogrammiert. Die Überlassung von Eintrittsgeldern ab 2011 wird steigende Betriebskosten und künftige Investitionsbedarfe nicht aufwiegen können. „Schafft ein Verein es nicht, ein Bad wirtschaftlich zu führen, droht die endgültige Schließung“, weiß die WZ schon jetzt. Wenn die „Betreiber- und Finanzierungsverantwortung“ durch die Vereine nicht mehr gewährleistet werden kann, wird die politische Verantwortung der Ratsmehrheit von SPD, CDU und anderen nicht mehr erkennbar sein, sondern das Management der Vereine am Pranger stehen. Sie haben dann zwar „angepackt“ (OB Jung), nur leider zu kraftlos. Ist, wie im Falle Mirke, ein Becken erst einmal verfüllt, wird ein Ratsbeschluss über eine zweckfremde Nutzung der Flächen als Bauland oder dergleichen nur noch eine Frage der Zeit sein. Dementsprechend betont die Ratsvorlage bereits gesondert: „Die Zukunft hinsichtlich des Freibades und des Freibadgeländes Mirke ist ebenfalls vertraglich zu fixieren.“

So droht unter diesen Gesichtspunkten der *good will* der Fördervereine und der vielen Mitglieder unter den restriktiven Haushaltsvorgaben in einer Vergeblichkeitsfalle zu enden.

DIE LINKE im Rat stellt an die Übertragungsverträge bestimmte Anforderungen:  
– der Schwimmunterricht für die Schulen muss mindestens im bisherigen Umfang auch in diesen privatisierten Bädern sichergestellt werden;

Fortsetzung auf Seite 2

#### Liebe Leserin, lieber Leser,

In der vergangenen Stadtratssitzung entledigte sich die Stadt ihrer fünf Schwimmbäder und gab sie den BürgerInnen in Obhut. So ersparte sich die Verwaltung weitere bundesweite Negativschlagzeilen durch massive Bäderschließungen. Aber es vergeht in dieser Stadt kaum ein Tag, an dem sich der fortschreitende Verfall der Infrastruktur nicht zeigt. Und was ist dagegen zu tun? Lassen Sie uns einen Verein gründen; ach was, was heißt hier einen? Einen für den Erhalt der Jakobstreppe. Einen für den Erhalt der Adlerbrücke. Einen für den Erhalt des Engels-Hauses. Einen für den Erhalt des Stadtarchivs. Einen für den Erhalt der Jugendarbeit in Vohwinkel. Einen für die Jugendarbeit in Elberfeld. Einen zum Verfüllen der Schlaglöcher auf unseren Straßen. ... Es gibt so viel zu tun, und woher kommt das Geld für die Maßnahmen? Für attraktive Projekte werden sich noch SponsorInnen finden lassen. Wollen wir uns allein auf den finanziellen guten Willen von WohltäterInnen verlassen? Kann Stadt so funktionieren? Wir brauchen weiterhin die öffentliche Daseinsvorsorge durch die

Kommune, und die Kommune benötigt die notwendige finanzielle Ausstattung, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann.



Elisabeth August,  
Fraktionsvorsitzende

**Widerstand gegen Nazi-Aufmarsch**  
**Kurze Beine – Kurze Wege**  
**Der rote Faden Nr. 30**

**Seite 2**  
**Seite 3**  
**Seite 4**

Fortsetzung von Seite 1

- der Zugang aller Menschen zum Badebetrieb muss unabhängig von einer Vereinszugehörigkeit erhalten bleiben;
- Arbeitsverträge zur Aufrechterhaltung des Badebetriebs müssen sozialversicherungspflichtig und tariflich abgesichert gestaltet werden, da es nicht Sinn dieser Lösung sein kann, MitarbeiterInnen zu „Aufstockern“ beim Jobcenter zu machen.

Auf Basis all dieser Bedenken stimmte die Fraktion DIE LINKE gegen die Übertragung des Bäderbetriebs an die Fördervereine.

Zur Entscheidung der Stadtratsmehrheit, den Betrieb der Bäder in Ronsdorf und Vohwinkel an Fördervereine zu übertragen, erklärt DIE LINKE im Rat:

Noch bevor abgestimmt war, überschlug sich Oberbürgermeister Jung vor Freude über die Entscheidung, die Bäder in Ronsdorf und Vohwinkel an Fördervereine zu übertragen. Um künftiger Legendenbildung vorzubeugen, wies die Fraktion DIE LINKE darauf hin, dass weder über Pachten noch über einen auskömmlichen Betriebskostenzuschuss entschieden ist. Auch ist es sehr wahrscheinlich, dass der Betrieb nur mit „Aufstockerlöhnen“

überleben kann. „Die Existenz der Bäder über 2011 hinaus ist damit akut gefährdet“, betont der Stadtverordnete Bernhard Sander. Kein Bad in Deutschland kann von Eintrittsgeldern allein überleben. „Mit dem Hohen Lied des Ehrenamts stehen SPD und CDU nun im Wort.“ Wenn sich das blumige Lob des bürgerschaftlichen Engagements nicht wie im Falle des Fuhlrott-Museums als Spiel mit der Gutwilligkeit der EhrenamtlerInnen entpuppen soll, müssen schon bald verbindliche Zusagen her. Die klare Haltung der Fraktion DIE LINKE eröffnet den Vereinen eine bessere Ausgangsposition in diesen Verhandlungen.

## Nazi-Aufmarsch – (K)ein Nachspiel in der Ratssitzung:

### Diskussion um Durchsetzung des Naziaufmarsches am 29. Januar 2011 im Rat unerwünscht

**In der Ratssitzung am 28. Februar 2011 stellte der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion einen Geschäftsordnungsantrag, dass der Rat sich nicht mit der Resolution der Ratsfraktion DIE LINKE zum Polizeieinsatz vom 29. Januar beschäftigen solle. (Zum Polizeieinsatz siehe S. 4)**

Der Fraktionsvorsitzende Gerd-Peter Zielezinski, DIE LINKE, stellte in seiner Gegenrede klar, „dass es nicht sein kann, dass die SPD eine Diskussion und Abstimmung im Rat in dieser Sache unterdrücken will, nur weil sie bisher in ihren eigenen Reihen keine einheitliche Haltung zu diesem von Düsseldorf geleiteten Polizeieinsatz entwickeln konnte. Bekanntlich ist die SPD die einzige Partei in unserer Stadt, die sich bisher nicht zum Polizeieinsatz geäußert hat.“ Allerdings gibt es Stimmen aus der SPD, die den Polizeieinsatz als nicht nachvollziehbar und die Polizeitaktik als völlig daneben werten. Eben eine solche Einschätzung enthielt der Resolutionstext: „Der Rat der Stadt Wuppertal hält den Einsatz

der Polizei am 29. Januar 2011, mit dem sie die Demonstration der ‚Nationalen Sozialisten‘ in Wuppertal durchsetzte, für nicht nachvollziehbar und nicht angemessen.“

Es drängt sich die Vermutung auf, dass es für die SPD schwierig ist sich zu positionieren, da ihr Kooperationspartner CDU, genau wie die FDP, nicht das Geringste am besagten Einsatz zu bemängeln hat.

In der Abstimmung erhielt der Antrag auf Nichtbefassung die Mehrheit, und der Rat ließ die Möglichkeit einer demokratischen Auseinandersetzung ungenutzt. DIE LINKE im Rat empfindet es aber als unerträglich, dass wüste antisemitische Hetze und Aufrufe zur Gewalt mit massivem Polizeieinsatz

geschützt wurden. Es kann doch nicht sein, dass jene, die dem Antrag auf Nichtbefassung zustimmten, das Recht von 150 Nazis, menschenverachtende Parolen zu brüllen, höher bewerten als das Recht auf Bewegungsfreiheit zehntausender WuppertalerInnen, das fast den ganzen Samstag durch den Polizeieinsatz massiv eingeschränkt wurde.



### Aus der Bezirksvertretung Vohwinkel

**Endlich ist es vollbracht:** Jahrelang wurde zäh darum gerungen, den Namen des Kriegsverbrechers Lettow-Vorbeck aus dem Vohwinkeler Stadtbild zu tilgen.

Viele Menschen in unserer Stadt fanden es unerträglich, dass ihm durch die Straßenbenennung ein ehrendes Andenken zuteil wurde. Über Jahre gab es immer wieder in der Bezirksvertretung Vohwinkel Versuche, den Namen zu ändern. Erst in der Sitzung am 8. September 2010 konnte dies gegen die Stimmen von CDU und FDP durchgesetzt werden. Der Vorschlag des katholischen Pfarrgemeinderates Vohwinkel, Edith Stein als neue Namensgeberin zu wählen, wurde von der LINKEN, SPD und Grünen unterstützt. Die Philosophin, Nonne und Märtyrerin der katholischen Kirche jüdischer Herkunft wurde 1942 im Vernichtungslager der Nationalsozialisten Auschwitz-Birkenau ermordet. Die CDU hatte zu Edith Stein noch Beratungsbedarf, gab sich zögerlich und brachte dann weitere Namensvorschläge aus der Vohwinkeler Heimatgeschichte ins Spiel.

In der Sitzung am 9. März 2011 hielten nur noch die Grünen und DIE LINKE an Edith Stein fest. Einen Tag nach dem Internationalen Frauentag kippte die SPD in Vohwinkel um und die Bezirksvertretungsmehrheit bestimmte den Künstler Ernst Oberhoff als neuen Namensgeber. Es wird also weiterhin in Vohwinkel keine Straße geben, die nach einer Frau benannt ist.

#### Impressum:

Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal  
Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,  
Tel. u. Fax: 0202 563-6677  
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de  
E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de  
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Helin Argav,  
Elisabeth August, Dr. Wolfgang Fenner, Bernhard Sander,  
Gerd-Peter Zielezinski  
Redaktionsschluss: 17.3.2011  
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal  
Auflage: 80.000  
Die Abgabe erfolgt kostenlos.



Die „Zukunftsfähigkeit unserer Stadt“ (OB Jung):

## Döppersberg-Umbau oder die Versorgung der Stadtteile

Ein paar Lehren aus Stuttgart 21



Wer glaubt denn daran, dass man sich in Köln oder Hannover in den ICE setzt – dessen Halt in Wuppertal mit unschöner Regelmäßigkeit vom DB-Konzern in Frage gestellt wird –, um sich am umgebauten Döppersberg und an diesem schönen Bahnhofsvorplatz zu erfreuen!? Der Umbau des Döppersbergs ist mehr als ein überzogenes Bauprojekt, er ist zur Prinzipienfrage geworden. Es handelt sich um eine Stadtentwicklungskonzeption. Insofern ist nicht nur der Protz zu kritisieren, sondern die dahinterliegende Vorstellung von Gestaltung unserer Lebenswelt, von Modernität und Urbanität. Es dreht sich – in den Worten von Oberbürgermeister Jung – um „die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt“. Es geht also nicht um einen isolierten Leuchtturm, sondern darum, dass es ringsherum dunkel und gefährlich ist – wie um alle Leuchttürme.

### Grüne und FDP unterstützen Stadtspitze bei Großprojekt

Die Stadtspitze wähnt sich in der überlegenen, weil durch Wahl begründeten Position, und macht daraus eine Definitionsmacht: In allem, was das Gemeinwesen angeht, zählt nicht mehr, was über dem Eingang zum Ratssaal steht, **das öffentliche Wohl sei oberstes Gesetz**, sondern OB Jungs Credo: „Mein Ziel ist und bleibt, Wuppertal zur investorenfreundlichsten Kommune zu machen.“ ... „Attraktives Eingangstor zur Stadt: Die Umgestaltung des Döppersbergs wird immense Impulse auslösen. Insgesamt werden hier von der öffentlichen Hand, der Deutschen Bahn und durch private Investoren 225 Millionen Euro eingesetzt, die dem Zentrum ein modernes, attraktives Gesicht geben werden“, so OB Jung am 22.4.2010. Die große Kooperation von CDU und SPD hat eine bestimmte Vorstellung, nicht nur über die bauliche Gestaltung der Innenstadt, sondern des Gemeinwesens im Allgemeinen. Mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung zum Döppersberg-Vorhaben geben auch die Grünen und die FDP ihre

## Kurze Beine – Kurze Wege

### Auch Kinder haben das Recht auf Selbstständigkeit

Im Jahr 2008 wurden die Grundschulbezirksgrenzen abgeschafft, doch nahezu alle Fraktionen waren sich damals sicher: Das ist ein Fehler! Mit der neuen Landesregierung NRW könnten sich die Dinge wieder ändern, denn diese sieht es als eine Option, die Grundschulbezirksgrenzen ab den Grundschulmeldungen 2011 wieder einzuführen.

**DIE LINKE-Fraktion begrüßt dies:** Mit unserem Antrag auf „Wiedereinführung der Schulbezirksgrenzen“ setzen wir uns im Rat dafür ein. An den Gründen und Argumenten hat sich nichts geändert: In den vier Jahren, in denen Kinder die Grundschule besuchen, lernen sie nicht nur das Lesen, Rechnen und Schreiben. Sie lernen auch selbstständig zu werden, Verantwortung zu tragen oder das Verhalten im Straßenverkehr.

Dafür dürfen sie allerdings nicht von den Eltern abhängig sein, sondern müssen allein an diesen Aufgaben wachsen. Dazu gehört auch der Fußweg zur Grundschule, den die Kinder allein antreten müssen – selbstständig eben. Diese Selbstständigkeit zeigt sich dann auch über die Schule hinaus, wenn sie sich mit ihren Klassenkameraden verabreden, kleine Planungen vornehmen und eigene Aktivitäten organisieren können. Eingeschränkt wird diese Selbstständigkeit aber, wenn Kinder durch die wohnortfernen Kontakte auf Transportleistungen ihrer Eltern angewiesen sind. Eins ist jedoch klar: Dass Kinder ein Recht darauf haben, schon in der Grundschule selbstständig

zu werden, ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit!

**Nachtrag:** Die Ratsmehrheit lehnte die Wiedereinführung der Schulbezirksgrenzen ab. Frau Warnecke (SPD) und Herr Nocke (Dezernent für Schule, Sport und Kultur/CDU) sehen in der festgelegten Zügigkeit der Grundschulen genügend Planungssicherheit für die Stadt als Schulträgerin. Wie das allerdings funktionieren kann, wenn immer weiter Grundschulen geschlossen werden, bleibt die Frage. Auf eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE, ob die Schließung der Grundschule Elfenhang dem Wegfall der Grundschulbezirksgrenzen geschuldet sei, gab Herr Nocke eine verneinende Antwort. Dabei blendet Herr Nocke völlig aus, dass die BV Vohwinkel und die Lehrerkonferenz der Schule Elfenhang den Rückgang der Anmeldungen mit der Erweiterung der Zügigkeit an der Grundschule Yorckstraße und mit der Aufhebung der Schulbezirksgrenzen begründeten. Die Ratsfraktion DIE LINKE sieht die Gefahr, dass immer mehr Grundschulen in sogenannten Problemvierteln bei sinkender EinwohnerInnenzahl und durch die Entscheidung mancher Eltern, ihre Kinder in „besseren“ Schulen anzumelden, aufgrund mangelnder Anmeldungen geschlossen werden müssen. Für Kinder aus diesen Vierteln gilt das Prinzip „Kurze Beine – Kurze Wege“ nicht mehr.

Helin Argav

Haltung zu diesem Bild von schöner Modernität zu Protokoll. Und die große Kooperation hat eine Vorstellung über den Platz, den BürgerInnen bei der Gestaltung ihrer Lebenswelt einzunehmen haben, nämlich in der Zuschauerdemokratie. Offenbar teilen Grüne und FDP dieses Bild von demokratischer Beteiligung. Die geltenden Beschlussverfahren im Stadtrat haben das hinter der Döppersberg-Umgestaltung stehende Stadtbild von Leben, Wachstum, Modernität usw. nicht behandelt. Über diese Vorstellung konnten die BürgerInnen im Planfeststellungsverfahren nicht befinden. Wollen die BürgerInnen eigentlich dieses Projekt? Es geht nicht um reaktionäre Fortschrittsfeindlichkeit, sondern es geht darum, was diese Stadt in ihrer Gänze nötig hat. Die Planfeststellungsverfahren zu einem Einzelprojekt können diese Dimensionen nicht beleuchten.

Die Masse der Bevölkerung kann hier nicht wegziehen. Die Stadtspitze kann die Masse der Bevölkerung auf die Zuschauerränge verweisen und damit in die Passivität zu zwingen versuchen, los wird sie sie nicht. Aber die Masse der Bevölkerung kann diese Stadtspitze loswerden. Das ahnt nach der sommerlichen Unruhe um den Bahnhof Stuttgart 21 auch die sogenannte große Kooperation im Rat der Stadt Wuppertal. Die Ankündigung der Stadtspitze bzw. der anonymen Projektgruppe Döppersberg, die die Netzseite betreibt, man wolle mehr „aufklären“ über das Projekt, zeigt an, dass OB Peter Jung und sein Wasserträger Klaus-Jürgen Reese von der SPD das Projekt neu legitimieren müssen. Marketing ersetzt Demokratie. Gleichzeitig wollen die dahinterstehenden Parteien CDU-SPD-Grüne-FDP mit dem Hinweis auf „geordnete Verfahren, Gutachter, große Mehrheiten im Stadtrat“ ihr Bild von Modernität und Urbanität einer demokratischen Mitbestimmung entziehen. Wahrscheinlich würden sie auch ein Bürgerbegehren mit Verfahrenstricks zum Scheitern bringen (da fehle die alternative Finanzierung oder der Gegenstand sei für solche Verfahren nicht geeignet usw.).

Das gesamte Projekt ist nur möglich als eine Ausplünderung der sowieso schon ausgetrockneten öffentlichen Kassen von Stadt und Land, weil es mit Geldleihen bei der Finanzaristokratie bezahlt werden muss. Das gesamte Projekt gründet auf einer unzulässigen Vermischung von privater und öffentlicher Bautätigkeit. Wenn allerdings der private Investor nicht gefunden werden kann, bleibt das gesamte Projekt Stückwerk und an der öffentlichen Hand hängen, die dann mehr bezahlen muss als geplant. In der Folge bricht das gesamte vom Rat beschlossene Finanzkonzept zusammen (Motto: „Jede Mehrausgabe kann nur aus dem Gesamtvorhaben finanziert werden“).

# Polizei setzt Nazi-Aufmarsch durch

**29. Januar 2011:** Wuppertal im Ausnahmezustand. Fast hat man den Eindruck, als würde die Stadt unter Kriegsrecht stehen. Straßensperren, Personenkontrollen. 1700 Polizisten haben das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt aufgeboten. Die B 7 ist gesperrt, zusätzlich einige Parallelstraßen.

Der Hofkamp ist acht Stunden für eine Kundgebung reserviert für die „Freien Kräfte“ der Region, unterstützt von der NPD Düsseldorf/Mettmann“, angemeldet vom Kölner Axel Reitz, einem bekannten Neonazi. Ein Transparent an der Spitze des Zuges weist auf die „Nationalen Sozialisten Wuppertal“ hin.

Ein breites Bündnis aus Vertretern der Kirche und der Jüdischen Gemeinde, der Gewerkschaften sowie der politischen Parteien von der LINKEN bis hin zur CDU sammelte sich im Vorfeld. 5000 GegendemonstrantInnen brachte das Bündnis auf die Beine. Nicht nur Oberbürgermeister Peter Jung (CDU) sprach auf der Kundgebung, sondern auch der Landesminister für Arbeit und Integration Guntram Schneider (SPD).

Wie zwei Tage zuvor der Bundespräsident in Auschwitz forderten auch die Redner der Gegendemonstration Zivilcourage gegenüber den Nazis. „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“, sagte einer der Redner. Als sich über 1000 Bürgerinnen und Bürger in Bewegung setzten, um die vom Hauptbahnhof zum in der Nähe liegenden



Bahnhof Unterbarmen umgeleiteten Nazis am Abmarsch zu hindern, erlebte man das massive Aufgebot der Polizei: Straßensperren und Pfefferspray in rauen Mengen (selbst 14 Polizisten wurden davon verletzt). Verspätet eintreffende Nazis wurden mit Sonderbussen und Polizeieskorte zum Abmarschort transportiert – all dies, um die Nazi-Demonstration von ca. 150 TeilnehmerInnen zu geleiten.

Mit knapp vier Stunden Verspätung zog diese los. Unterwegs skandierten die Teilnehmer Gewaltaufrufe gegen die AntifaschistInnen. Auf der Kundgebung, gut 100 Meter vom Elberfelder Neumarkt entfernt, ging es rich-

tig zur Sache. Insgesamt zehn Minuten Verschwörungstheorie, strafrechtlich gesehen Volksverhetzung und wüste antisemitische Beschimpfungen veranlassten auch zu diesem Zeitpunkt keine/n der leitenden BeamtInnen dazu, die Kundgebung zu beenden.

Nach der Kundgebung wurde („aus Sicherheitsgründen“) die TeilnehmerInnen in Sonderbussen der Wuppertaler Stadtwerke zum Bahnhof Vohwinkel im Westen der Stadt gebracht. 1700 Polizisten ermöglichten teils mit Gewalt diese Kundgebung. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Bernhard Simon sprach von „großartiger Arbeit“ der Polizei. (Siehe auch S. 2)

*‘mal Reinhören,  
mitreden,  
mitwirken* **DIE LINKE.**

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

einsenden an: Die LINKE, Kreisverband,  
 c/o Cornelia Weiß, Hombüchel 24, 42105  
 Wuppertal, www.dielinke-wuppertal.de

**PROTZ-UMBAU  
 VERSCHLINGT  
 MILLIONEN!**



**UNSERE STADT  
 BRAUCHT  
 DAS GELD!**

## Müngstener Brücke

Gunhild Böth, Landtagsabgeordnete für DIE LINKE, hat den Verkehrsminister des Landes nach den Plänen für die Müngstener Brücke befragt. In der Antwort wurde allerdings die Planlosigkeit der Landesregierung deutlich. „Es kann doch nicht sein, dass der Landesregierung nur einfällt, dass die Müngstener Brücke eine Angelegenheit der Bahn AG sei. Die Frage muss gestellt werden, warum es keinerlei umfassende Verkehrsplanung für den ÖPNV gibt, keinerlei Planung, um Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen, sondern die Landesregierung offenbar – trotz gegenteiliger Bekundungen – nach wie vor ‚Privat vor Staat‘ fährt.“ „Soll man daraus schließen, dass die Bahnabteilung des Verkehrsministeriums überflüssig ist?“ fragt der Wuppertaler Stadtverordnete Gerd-Peter Zielezinski, „und die Anbindung von RS-SG-W allein von den Profitinteressen der Bahn AG gesteuert wird?“